

## GdP gibt Erinnerungshilfen

**CDU-Abgeordneter Tim Brockmann bestreitet im Landtag Wahlversprechen der CDU zur Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit von Polizei- und Justizvollzugszulagen zum 1. Januar 2023**

Kiel. Auf Antrag der FDP-Fraktion wurde in der heutigen Landtagssitzung über die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizei- und Justizvollzugszulagen debattiert.

Die CDU hatte im Wahlkampf ein Wahlversprechen zur Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit von Polizeivollzugs- und Justizvollzugszulagen zum 01. Januar 2023 abgegeben. Der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat schriftlich gegenüber der GdP geäußert, dass die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit an keiner Stelle im Bundesgebiet an den Grünen scheitern würde.

Irritiert erfährt die GdP nun, dass der innen- und rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Tim Brockmann in der Debatte vorgibt, eine Zusage zum Einführungsdatum 1. Januar 2023 „für schlicht unredlich und fahrlässig“ zu halten. Gleichzeitig wirft er der FDP vor, Erwartungen zu schüren, die „aufgrund der Eckdaten des Landeshaushaltes für das kommende Jahr“ womöglich gar nicht haltbar seien.

Die CDU hat unter Verantwortung ihres Vorsitzenden Daniel Günther im Wahlkampf gegenüber der GdP schriftlich folgende Zusage gegeben:

„Wir werden die Ruhegehaltfähigkeit der „Polizeizulage“ und der „Gitter-Zulage“ in Justizvollzugsanstalten in den sicherheitsrelevanten Bereichen einführen. **Ab dem 1. Januar 2023** werden alle Pensionärinnen und Pensionäre davon profitieren, die sich im Ruhestand befinden. Strukturelle Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen bleiben auch weiterhin unser Ziel, die wir insbesondere durch die Schaffung einer bedarfsgerechten Personalausstattung erreichen wollen.“

Die CDU hat offenbar geschlossen gegen den FDP-Antrag gestimmt. Im Ergebnis spricht sich der Schleswig-Holsteinische Landtag dafür aus, die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage in dieser Legislaturperiode wieder einzuführen.

Der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger kommentiert diesen Vorgang wie folgt: „Die Aussagen des CDU-Verantwortlichen im Landtag für das Thema innere Sicherheit Tim Brockmann zum Einführungsdatum überraschen und verärgern. Können sich Polizisten, die zuvor als Wähler\*innen umworben wurden, nicht mehr auf politische Versprechen verlassen? Wir werden mit unseren 6.300 Mitgliedern im Land entsprechend reagieren. Verlässlichkeit von Aussagen verantwortlicher Politik haben für Polizei- und Justizvollzugsbeschäftigte eine sehr hohe Bedeutung!“

Der Landesvorstand

Nr. 016/2022 - Kiel, 02. September 2022

V.i.S.d.P. Dr. Susanne Rieckhof, Landesgeschäftsführerin  
Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Mobil: 0173-4534384



**Gewerkschaft  
der Polizei**